

Der Corona-Kinderbonus ist aus Sicht des SoVD keine Lösung für Kinderarmut und soziale Ungleichheit

Kindergrundsicherung statt Kinderbonus

Mit einer Neuauflage des Kinderbonus' werden Familien im Mai 2021 mit insgesamt 150 Euro pro Kind einmalig unterstützt. Der SoVD in Niedersachsen begrüßt die Maßnahme der Bundesregierung grundsätzlich. Sie mildere aber nicht die bestehende Kinderarmut und die Benachteiligung von Kindern aus Familien mit geringem Einkommen, bemängelt der Verband. Dass die finanzielle Notlage gerade bei diesen Familien zugenommen hat, zeige der erhöhte Beratungsbedarf beim SoVD in Niedersachsen während der Pandemie. Eine Kindergrundsicherung könne nachhaltig zur Chancengleichheit aller Kinder beitragen, so der SoVD.

Für jedes Kind, für das 2021 in mindestens einem Monat Kindergeldanspruch besteht,

zahlen die Familienkassen erneut einen Kinderbonus aus, in den meisten Fällen im Mai.

Für Kinder, für die erst zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr Anspruch auf Kindergeld besteht,

wird der Bonus später ausbezahlt. Der Kinderbonus beträgt 150 Euro pro Kind und wird einkommensunabhängig gewährt. Er soll Familien in der Corona-Pandemie mehr finanziellen Handlungsspielraum geben.

„Als größter Sozialverband in Niedersachsen begrüßen wir, dass der Kinderbonus nicht extra beantragt werden muss und dass er Familien mit geringem Einkommen wirklich zugutekommt“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Landesverbands Niedersachsen. Der Kinderbonus wird bei Sozialleistungen, beim Kinderzuschlag oder beim Wohngeld nicht als Einkommen berücksichtigt. Für die nachhaltige Entlastung von Familien mit kleinem Einkommen seien solche Einzelmaßnahmen aber nicht geeignet.

Während der Pandemie hat sich der Beratungsbedarf beim SoVD in Niedersachsen be-

sonders im Bereich Wohngeld oder Hartz IV deutlich erhöht. Das zeige, dass durch die Auswirkungen der Pandemie auch immer mehr Familien mit Kindern in finanzieller Not seien. „Um die seit Jahren steigende Kinderarmut zu mildern und Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu ermöglichen, muss eine eigenständige Kindergrundsicherung eingeführt werden“, fordert Sackarendt. Diese müsse den tatsächlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen abdecken.

Kinder aus Haushalten, die Sozialleistungen beziehen, sind aus Sicht des SoVD derzeit benachteiligt, denn das Kindergeld werde auf den ohnehin viel zu niedrigen Hartz-IV-Regelsatz für Kinder angerechnet. „Eine Kindergrundsicherung würde zu echter Gleichbehandlung und Chancengleichheit aller Kinder beitragen“, ist der SoVD-Chef überzeugt.

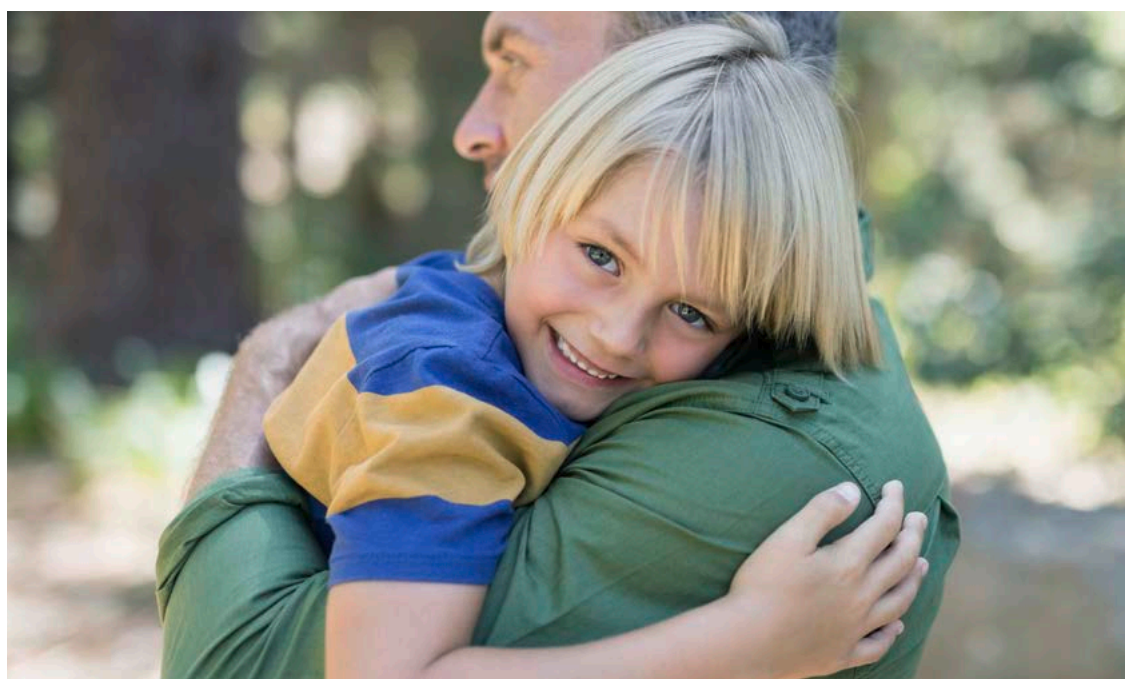


Foto: wavebreak3 / Adobe Stock

Um Familien mit geringem Einkommen wirklich nachhaltig zu entlasten, ist der Corona-Kinderbonus leider nicht geeignet, findet der SoVD.

SoVD kritisiert: Zuschuss für Pflege-Eigenanteil reicht nicht

Pflege darf kein Armutsrisiko werden

Wer in Niedersachsen stationär in einer Einrichtung gepflegt wird, musste in den vergangenen Jahren immer mehr aus eigener Tasche dazu zahlen. Mittlerweile liegt der Pflege-Eigenanteil bei über 1.700 Euro. Laut dem aktuellen Arbeitsentwurf zur Pflegereform sollen Pflegebedürftige zusätzlich 100 Euro erhalten. Dem SoVD in Niedersachsen geht das aber nicht weit genug.

Seit der Einführung des Pflegegestärkungsgesetzes steigt für diejenigen, die im Pflegeheim versorgt werden, der sogenannte Eigenanteil. Allein von 2019 auf 2020 hat dieser sich um 200 Euro erhöht und liegt damit derzeit bei 1.704 Euro monatlich.

Mit einer Pflegereform will die Bundesregierung zwar die Pflegebedürftigen entlasten und plant einen bundesweit einheitlichen Zuschuss bei den Investitionskosten in Höhe von 100 Euro. „Das reicht uns allerdings nicht, da dieser nicht mal die Steigerung des Eigenanteils des vergangenen Jahres auffängt“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Landesverbands Niedersachsen. Die Förderung falle damit kaum ins Gewicht.

Zudem seien die Investitionskosten in den Bundesländern unterschiedlich hoch. Mit

500 Euro liege Niedersachsen hier sogar über dem Bundesdurchschnitt. „Aus unserer Sicht müssen die Länder viel stärker in die Pflicht genommen werden. Nur so kann verhindert werden, dass Pflege zum Armutsrisiko wird“, betont der SoVD-Landesvorsitzende.

Dass viele Pflegebedürftige durch diese Situation massiv belastet sind, zeigen auch die Beratungszahlen des SoVD. „Wer den Eigenanteil nicht mehr zahlen kann, kann Hilfe zur Pflege beantragen. Das haben 2020 doppelt so viele Mitgliedern getan wie im Jahr zuvor“, erläutert Sackarendt.

Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen muss nicht nur der Zuschuss weiter angepasst, sondern auch eine Pflegevollversicherung eingeführt werden, die alle Leistungen vollständig absichert.

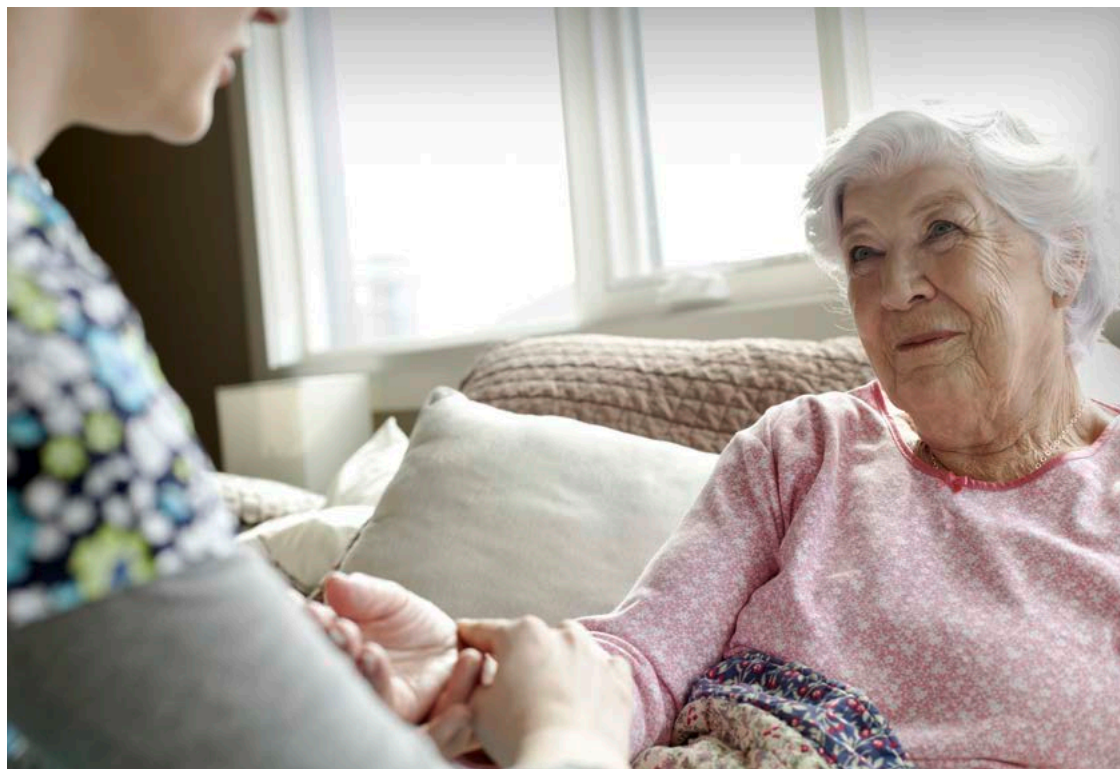


Foto: Hero Images / Adobe Stock

Der von der Bundesregierung geplante Zuschuss zum Pflege-Eigenanteil reicht dem SoVD in Niedersachsen nicht. Der Verband fordert die Einführung einer Pflegevollversicherung.